

Peichl, Andreas; Stöckli, Marc

## Article

# Ungleichheit und Umverteilung in Deutschland: Trends und Handlungsoptionen

ifo Schnelldienst

## Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Peichl, Andreas; Stöckli, Marc (2018) : Ungleichheit und Umverteilung in Deutschland: Trends und Handlungsoptionen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 71, Iss. 15, pp. 18-22

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/181131>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Andreas Peichl\* und Marc Stöckli\*\* Ungleichheit und Um- verteilung in Deutschland: Trends und Handlungs- optionen



Andreas Peichl



Marc Stöckli

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland ist besser, als in der öffentlichen Debatte dargestellt. Berücksichtigt man Kompositionseffekte, zeigt sich, dass es für die Gesamtbevölkerung seit 2005 einen fallenden Trend gibt. Auch beim Thema Fairness schneidet Deutschland nicht schlecht ab. Gleichwohl besteht erheblicher Reformbedarf bei der hohen effektiven Grenzbelastung für Haushalte mit niedrigen Einkommen aufgrund des Transferentzugs im Sozialbereich. Aus Sicht der Chancengerechtigkeit sollte zudem die Förderung der Bildung im Kleinkindalter ausgeweitet werden.

Es steht immer schlechter um die soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Diesen Eindruck erhält man zumindest, wenn man die öffentliche Debatte um die Verteilung von Einkommen und Vermögen verfolgt. Richtig ist, dass es deutliche Unterschiede zwischen den Haushaltseinkommen gibt: Die reichsten 10 Prozent erwirtschaften hierzulande rund 40% des Nationaleinkommens, das reichste 1 Prozent sogar 13% (zum Vergleich, bei identisch verteilten Einkommen würden diese Anteile 10% bzw. 1% entsprechen) (vgl. World Inequality Database – WID.world). Ebenfalls richtig ist, dass die Bruttolöhne der oberen Perzentile innerhalb der letzten 20 Jahre um ein Vielfaches stärker gewachsen sind als jene der unteren Per-

\* Prof. Dr. Andreas Peichl ist Leiter des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen und Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomie und Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

\*\* Marc Stöckli ist Doktorand am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen.

zentile, die teilweise sogar real gesunken sind (vgl. Felbermayr et al. 2016a).

### LOHNUNGLEICHHEIT UND KOMPOSITIONSEFFEKTE

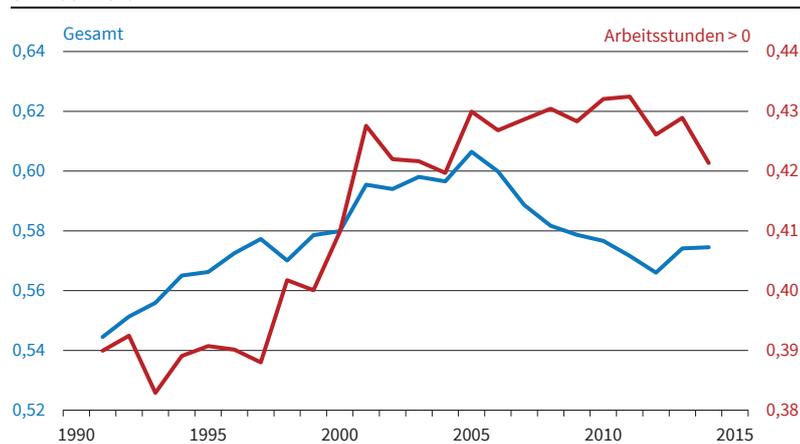
Richtig ist aber auch, dass die Lohnungleichheit, wenn man Personen ohne Erwerbstätigkeit berücksichtigt, in den letzten zehn Jahren merkbar zurückgegangen ist. Abbildung 1 vergleicht die Bruttoeinkommensungleichheit der Beschäftigten mit jener der Gesamtbevölkerung.<sup>1</sup> Erstere berücksichtigt implizit ausschließlich Personen mit einem positiven Arbeitseinkommen. Für die Berechnung der Ungleichheit der Gesamtbevölkerung wurde den Personen ohne Arbeitseinkommen ein Wert von null zugewiesen.

Wie in Abbildung 1 zu erkennen, verläuft bis 2005 die Entwicklung beider Ungleichheitsmaße relativ ähnlich. Danach zeigen sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung der Ungleichheit. Von 2005 bis 2011 fällt der Gini-Koeffizient in der Gesamtbevölkerung, während jener der Beschäftigten stagniert. Dies ist auf den starken Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 zurückzuführen. Der damit einhergehende Beschäftigungszuwachs erfolgte vor allem zugunsten von Stellen mit niedrigen Einkommen, was zu einem Anstieg der Bruttolohnungleichheit innerhalb der Beschäftigten führt. Gleichzeitig aber steigen die Einkommen der Haushalte, in denen ein Mitglied neu einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Letzteres reduziert die Bruttolohnungleichheit der Gesamtbevölkerung.

Dies zeigt, dass die isolierte Betrachtung der Ungleichheit unter den Beschäftigten zu kurz greift, da sie Kompositionseffekte nicht berücksichtigt. Damit ist gemeint, dass sich sowohl die Größe als auch die Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung verändert hat und der Gini-Koeffizient damit mechanisch angestiegen ist. Neben dem Rückgang der Arbeitslosenquote spiegelt sich beispielsweise auch die Veränderung der Frauenerwerbstätigenquote wider. Diese ist heute im Vergleich zu vor 20 Jahren um

fast 7 Prozentpunkte höher, eine wichtige und zu begrüßende Entwicklung. Da jedoch die Lohnunterschiede unter erwerbstätigen Frauen größer sind und Männer nach wie vor mehr verdienen, vergrößert sich mit einer steigenden Erwerbstätigenquote auch die Lohnungleichheit insgesamt. Des Weiteren muss die Alterung der Bevölkerung mitbe-

Abb. 1  
Entwicklung der Ungleichheit  
Gini-Koeffizient



Quelle: SOEP; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

<sup>1</sup> Gezeigt wird die Entwicklung des Gini-Koeffizienten, das am häufigsten verwendete Ungleichheitsmaß. Ein Wert von 0 entspricht vollständiger Gleichverteilung der Einkommen, ein Wert von 1 vollständiger Ungleichverteilung. Zur besseren Darstellung wurden unterschiedliche Achsenabschnitte gewählt.

rücksichtigt werden. Der Anteil der über 50-Jährigen an der Gesamtbevölkerung ist über die Jahre kontinuierlich angestiegen. Die Lohnunterschiede dieser Altersgruppe sind naturgemäß größer als jene der 20- bis 25-Jährigen, die zu einem großen Teil aus Berufseinsteigenden und Studierenden besteht. Aus all diesen Gründen ist eine Analyse von Subpopulationen (wie Gruppe der Beschäftigten) nicht sinnvoll, um Aussagen über die Ungleichheit in Deutschland zu treffen. Hierfür sollte immer die Gesamtbevölkerung herangezogen werden.<sup>2</sup>

## DIE ROLLE DES STEUER- UND TRANSFERSYSTEMS

Die Entwicklung der Bruttoeinkommen vernachlässigt zudem die Umverteilung durch den Staat. Ökonomisch relevant für die Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit sind jedoch vielmehr die verfügbaren Einkommen. Damit wird das Einkommen nach Steuern und Transfers bezeichnet, also die Differenz aus dem Markteinkommen und der Nettoumverteilung.

Abbildung 2 zeigt den Gini-Koeffizient der Haushaltseinkommen jeweils vor und nach Umverteilung. Es zeigt sich, dass durch das Steuersystem die verfügbaren Einkommen signifikant gleichverteilt sind als die Markteinkommen. Ähnlich wie bei der Lohnungleichheit steigt bis 2005 die Ungleichheit sowohl vor als auch nach Umverteilung und fällt danach bis 2010. Seit 2010 stagniert der Gini-Koeffizient der verfügbaren Einkommen größtenteils, am aktuellen Rand kommt es zu einem leichten Anstieg. Ebenfalls erkennbar ist, dass der Gini-Koeffizient der Markteinkommen von 2005 bis 2010 stärker fällt als jener der verfügbaren Einkommen. Dies ist vermutlich vor allem auf die Steuerreform der Schröder-Regierung zurückzuführen, insbesondere durch die Absenkung des Eingangs-

und Spitzensteuersatzes. Es hat aber auch damit zu tun, dass bei Haushalten, in denen ein Mitglied neu eine Stelle gefunden hat, der Durchschnittssteuersatz angestiegen ist. Somit steigt zwar das Bruttohaushaltseinkommen, ein Teil dieses Zuwachses wird aber in unserem progressiven System wieder wegbesteuert. Über die Jahre kam es daher zu einem Rückgang der Differenz zwischen dem Gini-Koeffizienten der Markteinkommen und der verfügbaren Einkommen. Zu Beginn der beobachteten Zeitspanne reduziert sich durch die Umverteilung der Gini-Koeffizient um rund 0,13 Indexpunkte, am aktuellen Rand sind es noch lediglich 0,10 Punkte.

## REFORMBEDARF BEI DEN TRANSFERENTZUGSRATEN

Der deutsche Staat verteilt aber nicht zu wenig um, sondern falsch. Reformbedarf besteht insbesondere bei den Transferentzugsraten (vgl. Buhlmann et al. 2017; Bruckmeier et al. 2018). Damit ist die Rate gemeint, mit der Transferleistungen bei steigendem Einkommen gekürzt werden. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende beträgt sie 80 bis 100% ab einem Hinzuverdienst von 100 Euro, beim Wohngeld um die 50% und beim Kinderzuschlag durchgehend 50%. Von dieser faktischen Besteuerung sind vorrangig Familien mit Kindern im unteren Einkommensbereich betroffen. Rechnet man Sozialabgaben und Einkommensteuer hinzu, führt dies dazu, dass sich mit einem höheren Bruttoeinkommen das Nettoeinkommen kaum verändert oder in gewissen Einkommensabschnitten sogar sinken kann. Transferentzugsrate, Sozialabgaben und Einkommensteuer ergeben zusammen die effektive Grenzbelastung, also die Gesamtbelastung für einen brutto zusätzlich verdienten Euro. Bei einer Grenzbelastung von 80% bedeutet dies etwa, dass von einem Euro lediglich 20 Cent netto dazuverdient wird.

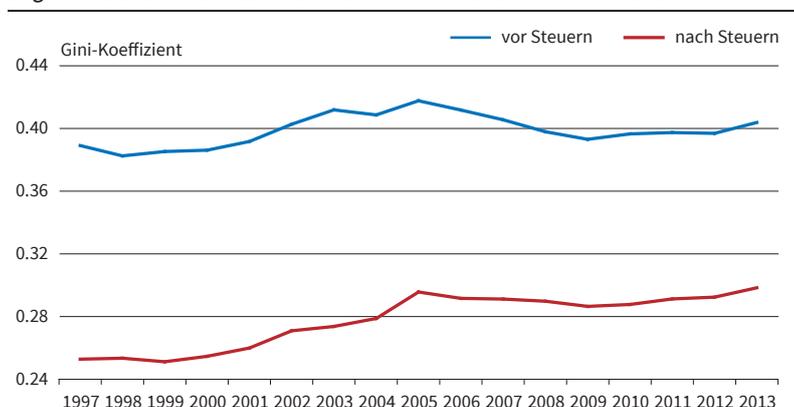
Abbildung 3 stellt die Grenzbelastung im Verhältnis zum Haushaltsbruttoeinkommen graphisch dar.

Die Belastung der unteren Einkommen liegt bei rund 80 bis 100%, teilweise sogar deutlich über 100%. In diesem Fall führt ein zusätzlich verdienter Euro zu einem geringeren Nettoeinkommen. Der Anreiz für diese Einkommensgruppe, eine Beschäftigung anzunehmen oder auszuweiten, ist entsprechend gering.

Diese Fehlanreize gilt es zu korrigieren. Eine mögliche Reformoption besteht darin, die Grenzbelastung im unteren Einkommensbereich über die Systeme hinweg durchgehend auf beispielsweise 70 oder 80% zu begrenzen. Dies erfor-

<sup>2</sup> Das Gleiche gilt auch für eine Betrachtung von Lohnperzentilen. Auch hier führen Kompositionseffekte zu einer Verschiebung und beeinflussen die Trends, da es sich nicht um eine Panelanalyse handelt, d.h., in einem Perzentil befinden sich von Jahr zu Jahr andere Personen.

Abb. 2  
Ungleichheit der Haushaltseinkommen vor und nach Steuern und Transfers



Grundlage sind Personen im Alter von 16–65. Inflationsbereinigte Größen. Markteinkommen (Arbeits- und andere Einkommen) vor und nach Steuern und Transferzahlungen. Die Betrachtungsebene ist der Haushalt.

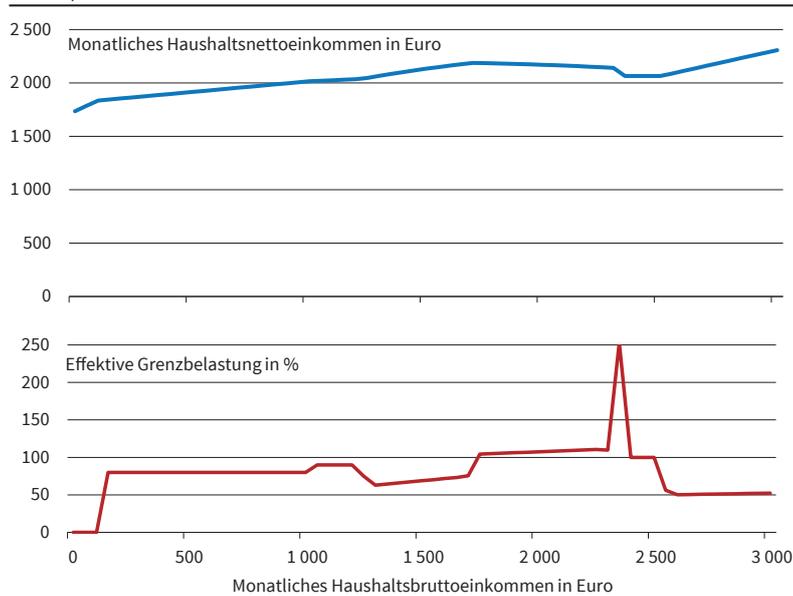
Quelle: Felbermayr et al. (2016b).

© ifo Institut

Abb. 3

**Nettoeinkommen und Grenzbelastung nach Bruttoeinkommen**

Am Beispiel einer alleinerziehenden Person mit zwei Kindern<sup>a</sup>



<sup>a</sup> Kindergeldberechtigte Kinder zwischen acht und zwölf Jahren. Die unterstellte Miete beträgt 510 Euro inklusive Heizkosten.

<sup>b</sup> Der Prozentsatz, um den ein brutto zusätzlich zum momentanen Einkommen verdienender Euro durch Einkommensteuer, Abgaben und Transferentzug reduziert wird. Die Grenzbelastung von 80% im Intervall zwischen 100 und 1 000 Euro Bruttoeinkommen bedeutet, dass hier von einem zusätzlich zum momentanen Bruttoeinkommen verdienenden Euro effektiv nur 20 Cent in die Haushaltskasse fließen.

Quelle: Bruckmeier et al. (2018).

© ifo Institut

cher verteilt sind als die Einkommen. Wie Tabelle 1 zeigt, verfügen die Deutschen durchschnittlich über ein Nettovermögen von 182 000 US-Dollar. Der Median beträgt jedoch lediglich 50 000 US-Dollar – ein Hinweis darauf, dass sich die Vermögen vor allem auf einen kleinen Kreis der Bevölkerung konzentrieren. Auffällig ist, dass lediglich 71% überhaupt ein positives Nettovermögen besitzen. Zum Vergleich, in den USA beträgt das durchschnittliche Nettovermögen 337 000 US-Dollar, der Median 40 000 US-Dollar. Auch hier ist die große Differenz zwischen Mittelwert und Median ein Hinweis auf die Ungleichverteilung der Vermögen. Der Anteil der Bevölkerung mit positivem Nettovermögen ist mit 73% ähnlich niedrig wie in Deutschland.

dert jedoch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden sowie eine Harmonisierung und Koordination der Leistungen.

**VERMÖGENSUNGLEICHHEIT**

Die Einkommenssituation bildet nur einen Aspekt der individuellen finanziellen Situation ab. Mit Blick auf die Vermögen zeigt sich, dass diese deutlich unglei-

muss aber relativiert werden, da die Rentenansprüche darin nicht berücksichtigt sind. Über die gesetzliche Rentenversicherung ist rund 78% der Erwerbsbevölkerung versichert (Stand: 2014). Auf dieses Vermögen hat man zwar nicht ohne weiteres Zugriff, es stellt aber dennoch eine zukünftige Einkommensquelle dar. Hinzu kommen weitere Ansprüche über die Sozialversicherung, Beamtenpensionen sowie die betriebliche und private Altersvorsorge. Summiert

Tab. 1

**Deskriptive Statistiken nach Vermögensart**

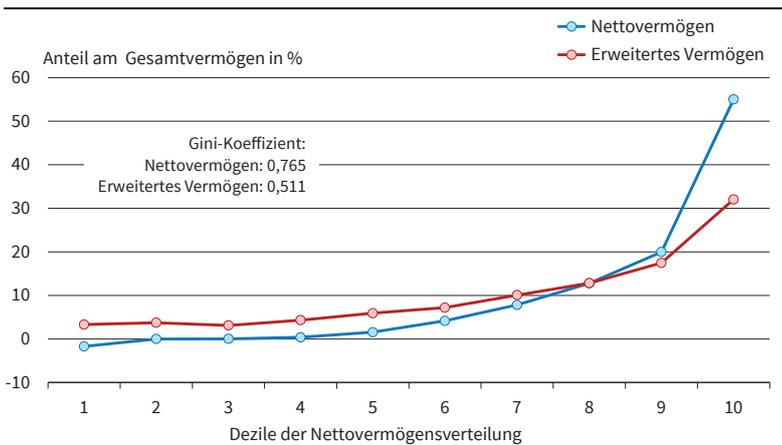
Vermögen	Land	Mittelwert (in US-Dollar)	P25	P50 (Median)	P75	Anteil der Bevölkerung mit positivem Vermögen (%)
Nettovermögen	USA	336 636	0	40 000	198 510	73,1
Sozialversicherungsbasiertes Rentenvermögen		161 475	64 486	124 938	227 458	96,5
Eigene Ansprüche		149 263	59 428	117 243	211 562	96,5
Hinterbliebenenleistungen		12 212	0	3 471	18 960	56,3
Betriebliches und Privates Rentenvermögen		153 351	0	13 000	139 877	61,7
Erweitertes Vermögen		651 462	85 989	246 531	607 288	95,8
Nettovermögen	Deutschland	182 513	0	49 623	231 139	71,6
Sozialversicherungsbasiertes Rentenvermögen		200 407	68 257	162 540	295 027	93,1
Eigene Ansprüche		178 555	57 508	141 150	264 181	92,8
Hinterbliebenenleistungen		21 853	0	0	19 569	27,5
Betriebliches und Privates Rentenvermögen		90 122	0	13 059	78 801	64,2
Erweitertes Vermögen		473 043	149 128	326 525	631 883	98,3

Anmerkung: Die Stichprobe wurde am 99,9. Perzentil gekappt. Alle Ergebnisse basieren auf mehreren Imputationen. Nichtlineare Schätzer (P25, P50, P75) basieren ausschließlich auf der ersten Imputation.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts, basierend auf Daten von Bönke et al. (2017).

Abb. 4

## Vermögensverteilung in Deutschland



Quelle: Darstellung des ifo Instituts basierend auf Daten von Bönke et al. (2017).

© ifo Institut

man die (diskontierten) Rentenzahlungen und das Nettovermögen, erhält man das erweiterte Vermögen; der Anteil der Bevölkerung mit positivem Vermögen steigt dadurch auf 98%, der Mittelwert auf 473 000 US-Dollar und der Median sogar auf 327 000 US-Dollar.

Abbildung 4 stellt den prozentualen Vermögensanteil der jeweiligen Nettovermögensdezile am Gesamtvermögen graphisch dar. Die reichsten 10 Prozent besitzen rund 55% des gesamten Nettovermögens in Deutschland. Bei den ärmsten 10 Prozent hingegen übersteigen die Schulden das Bruttovermögen. Generell besitzen die unteren 40 Prozent keine nennenswerten Vermögensanteile.

Über die Rentenansprüche gewinnen die unteren 70 Prozent. Der Anteil der reichsten 10 Prozent fällt auf knapp über 30%. Der Gini-Koeffizient sinkt von 0,765 bei den Nettovermögen auf 0,511, wenn die Rentenansprüche berücksichtigt werden, und liegt damit ungefähr auf Höhe des Gini-Koeffizienten für Bruttoeinkommen.

## UNGLEICHHEIT UND GERECHTIGKEIT

Einkommens- und Vermögensungleichheit kann jedoch nicht ohne Weiteres in ein Gerechtigkeitsproblem umgemünzt werden. Unterschiede können durchaus aufgrund von normativ legitimen Faktoren entstanden sein, beispielsweise wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer das Arbeitspensum reduziert, um mehr Zeit für ein Hobby zur Verfügung zu haben. Um die Verteilung von Ressourcen bewerten zu können, gilt es erst zu definieren, welche Charakteristika eine ideale Verteilung aufweisen muss, um von einer gerechten Gesellschaft sprechen zu können. In der politischen Philosophie ist dabei insbesondere das Konzept der Chancengerechtigkeit weitestgehend akzeptiert und stellt für vielen Gerechtigkeits-theorien eine notwendige (wenn auch nicht unbedingt hinreichende) Bedingung dar. Gemeint ist damit die Idee,

dass der individuelle Erfolg nicht von Faktoren abhängen darf, die sich dem persönlichen Einfluss entziehen. In der Literatur werden diese Faktoren Umstände genannt. Darunter fallen beispielsweise Geschlechtsmerkmale, familiäres Umfeld oder Migrationshintergrund der Eltern. Konzeptionell wird unterschieden zwischen Ungleichheit, die durch Umstände entsteht, und Ungleichheit aufgrund von Unterschieden in der Anstrengung. Dabei ist ausschließlich erstere als ungerecht zu beurteilen, die es entsprechend über Ressourcenverteilung

zu neutralisieren gilt.

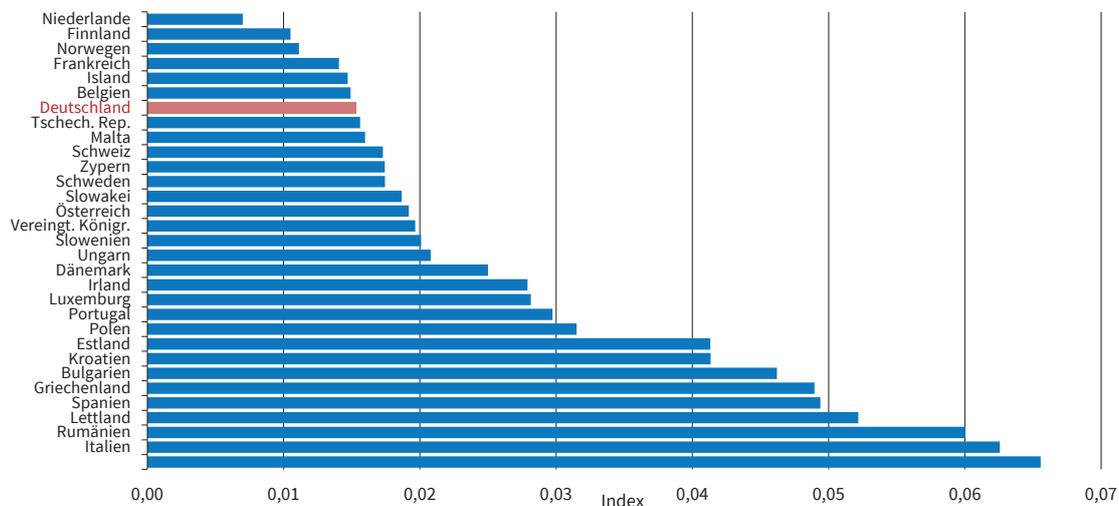
Empirische Untersuchungen zeigen, dass Umstände in der Tat eine wichtige Rolle spielen und damit zumindest ein Teil der beobachteten Ungleichheit ungerecht ist (vgl. Hufe und Peichl 2018; Hufe et al. 2018). Während Deutschland bei der Verteilung der Einkommen im europäischen Vergleich verhältnismäßig gut abschneidet, gibt es bei den Chancen noch immer Verbesserungsbedarf. Insbesondere hängt der Schulerfolg stärker als in anderen Ländern vom sozioökonomischen Hintergrund und insbesondere dem Bildungsstand der Eltern ab. Bei gleichem Kompetenzniveau ist die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, für ein Kind aus einer Akademikerfamilie deutlich höher als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Diese Bildungsungerechtigkeit hat natürlich auch Einfluss auf die Einkommensungleichheit (vgl. auch Brunori et al. 2018a; Brunori et al. 2018b).

In einer aktuellen Arbeit kombinieren Hufe et al. (2018) die Idee der Chancengerechtigkeit mit dem Prinzip der Freiheit von Armut. Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass auch jene Personen nicht ihrem Schicksal überlassen werden sollten, die durch ihr eigenes Verschulden in finanzielle Engpässe geraten sind. Die Chancengerechtigkeit hätte implizit nichts gegen Armut auszusetzen, solange diese nicht aufgrund von Umständen entsteht, sondern ausschließlich das Resultat der persönlichen Anstrengung ist. Es ist strittig, ob in einer solchen Situation überhaupt von einer fairen Verteilung gesprochen werden kann. Faire Ungleichheit sollte stattdessen einerseits nicht durch Umstände entstanden sein, andererseits aber eben auch sicherstellen, dass jeder mit den verfügbaren Mitteln »über die Runden« kommt. Entsprechend kommen die Autoren auch auf unterschiedliche Ergebnisse, als wenn die Chancengerechtigkeit isoliert betrachtet wird. Da hierzulande verhältnismäßig wenig Personen in (relativer) Armut leben, schneidet Deutschland nach diesem Maß im Vergleich überdurchschnittlich gut ab (vgl. Abb. 5). Fairer ver-

Abb. 5

**Chancengerechtigkeit und Freiheit von Armut**

Unfaire Ungleichheit in Europa



Unfaire Ungleichheit setzt sich zusammen aus einem Maß für Chancengerechtigkeit und Freiheit von Armut. Dargestellt sind die absoluten Werte der unfairen Ungleichheit.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts, basierend auf Hufe, Kanbur und Peichl (2018).

© ifo Institut

teilt sind die Einkommen nur in Belgien, Island, Frankreich, Norwegen, Finnland und den Niederlanden.

**SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Deutschland geht es sehr gut. Wir haben die Wirtschafts- und Finanzkrise sehr gut gemeistert und erleben den längsten Aufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik. Darüber hinaus ist Deutschland ein Land mit moderater Einkommensungleichheit und einem stark ausgebauten Sozialstaat, der viel Geld umverteilt. Gleichwohl heißt ein relativ gutes Abschneiden im internationalen Vergleich nicht, dass alles bestens ist.

Im Kontext der Einkommensungleichheit sollte die Politik in Deutschland sich darauf konzentrieren, die im Abgaben- und Transfersystem vorhandenen Hürden für mehr Arbeitsangebotsanreize abzubauen und im Bildungssystem für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Eine Reform des Steuer- und Transfersystems sollte dieses als Gesamtheit verstehen und hinzu einem integrierten System von Steuern, Transfers und Sozialabgaben führen (vgl. Löffler et al. 2012). Einer höheren Besteuerung von Kapital und Vermögen sind im internationalen Steuerwettbewerb enge Grenzen gesetzt. Deshalb wäre es wichtiger, zur Bekämpfung von Vermögensungleichheit den Vermögensaufbau für die breite Masse zu erleichtern und zu fördern. Im Bereich der Chancengerechtigkeit sieht man im internationalen Vergleich, dass Deutschland zwar viel im Hochschulbereich ausgibt, aber zu wenig für Bildung im Kleinkindalter. Hier muss man ansetzen (und nicht nur die Kinderbetreuung ausbauen). Ebenso müssen Maßnahmen zur Re-Integration von Langzeitarbeitslosen getroffen und verbessert werden, z.B. durch bessere Qualifikation und Weiterbildung.

**LITERATUR**

Bönke, T., M. Grabka, C. Schröder und E. Wolff (2017), »A Head-to-Head Comparison of Augmented Wealth in Germany and the United States«, NBER Working Paper Nr. 23244.

Bruckmeier, K., J. Mühlhan und A. Peichl (2018), »Mehr Arbeitsanreize für einkommensschwache Familien schaffen«, *ifo Schnelldienst* 71(3), 25–28.

Brunori, P., P. Hufe und D.G. Mahler (2018a), »Wurzeln der Ungleichheit – Ist Ungleichheit gleich ungerecht?«, *ifo Schnelldienst* 81(5), 18–22.

Brunori, P., P. Hufe und D.G. Mahler (2018b), »The Roots of Inequality: Estimating Inequality of Opportunity from Regression Trees«, *ifo Working Papers* Nr. 252.

Buhlmann, F., M. Löffler und A. Peichl (2017), *Grenzbelastung im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem*, Gutachten für die Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Felbermayr, G., M. Battisti und S. Lehwald (2016a), »Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr?«, *ifo Schnelldienst* 69(13), 28–37.

Felbermayr, G., M. Battisti und S. Lehwald (2016b), »Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 2: Die Rolle der Umverteilung«, *ifo Schnelldienst* 69(14), 22–29.

Hufe, P., R. Kanbur und A. Peichl (2018), »Measuring Unfair Inequality: Reconciling Equality of Opportunity and Freedom from Poverty«, *CESifo Working Paper* Nr. 7119.

Hufe, P. und A. Peichl (2018), »Inequality and Unfairness in Europe«, *CESifo Forum* 19(2), 26–34.

Löffler, M., A. Peichl, N. Pestel, H. Schneider und S. Sieglöcher (2012), »Effizient, einfach und gerecht: Ein integriertes System zur Reform von Einkommensteuer und Sozialabgaben«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 13(3), 196–213.